

Medienkonferenz vom 23. Juni 2022 «Steigende Inflation: Jetzt tiefe Einkommen entlasten»

Sozialpartner und Politik sind gefordert

Die steigenden Preise beeinträchtigen die Lebensqualität von Arbeitnehmenden mit tiefen Löhnen. Das Thema darf nicht nur die Sozialpartner bei den jährlichen Lohnverhandlungen beschäftigen. Auch die Politik muss nach 20 Jahren mit faktischer Nullteuerung über Massnahmen nachdenken, um den Anstieg von Armut und den Verlust der Kaufkraft zu verhindern. Mit 18 Massnahmen zeigt Travail.Suisse die Stossrichtung auf, wie Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen unterstützt werden müssen.

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse

Die Analyse von Travail.Suisse zeigt, dass Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen besonders unter der aktuellen Situation leiden. Mit den möglicherweise weiterhin steigenden Inflationsraten und steigenden Zinsen droht ihre Situation noch schwieriger zu werden. Travail.Suisse hat deshalb einen 18-Punkte-Massnahmeplan entwickelt. In den Bereichen Lohn, Renten und Kosten zeigen wir konkrete Massnahmen auf, um menschenwürdige Arbeit, Arbeit mit existenzsichernden Löhnen und Einkommen zu gewährleisten. Als wohlhabendes Land kann es sich die Schweiz leisten, Armut wirksam zu bekämpfen und alle am Wohlstand zu beteiligen. Aus dem Strauss an Massnahmen, möchte ich an dieser Stelle vier besonders hervorheben:

1. Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhung für tiefe Löhne

Die Teuerung steigt und damit sinkt die Kaufkraft der Arbeitnehmenden. Wer bisher schon wenig zum Leben hatte, droht mit steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreisen, steigenden Mieten, Nebenkosten, Hypothekarzinsen und Krankenkassenprämien unter das Existenzminimum zu fallen. Gerade für Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen ist deshalb entscheidend, dass bei ihren Löhnen mehr als die Teuerung ausgeglichen wird. Viele Arbeitgebende haben in den vergangenen Jahren höhere Löhne auf Basis individueller Leistungen gewährt. Die Teuerung ist nach vielen Jahren wieder zurück, weshalb auch der Teuerungsausgleich, der für alle Mitarbeitenden gilt, wieder standardmässig auf den Tisch kommen muss. Da die tiefen Löhne aber mit deutlich höheren Kostensteigerungen konfrontiert sind, braucht es für Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen deutlich mehr als einen Teuerungsausgleich. Die Arbeitgebenden müssen ihre Verantwortung wahrnehmen, denn der Preisdruck kommt nicht von den Löhnen, schon gar nicht von den Tiefen. Diskussionen über die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale sind an den Haaren herbeigezogen.

2. GAV fördern – Quoren für Allgemeinverbindlicherklärung modernisieren

Mitarbeitende in Branchen mit einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) haben bessere Arbeitsbedingungen. Der Abschluss von GAV ist der Kern der Sozialpartnerschaft und soll auf weitere Branchen ausgeweitet werden. Die EU-Gremien haben dies erkannt und einigten sich Anfang Juni auf eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne, mit welcher GAV gefördert werden. Travail.Suisse erwartet, dass diese Richtlinie auch in der Schweiz umgesetzt wird. Gleichzeitig ist die

Allgemeinverbindlicherklärung von GAV wichtig, damit in einer Branche für alle Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen.

Damit eine solche Allgemeinverbindlichkeit möglich ist, muss jedoch ein bestimmter Anteil an Arbeitgebenden an einem GAV beteiligt sein. In verschiedenen Branchen ist dieses starre Arbeitgeberquorum ein Problem. Deutlich wird dies beispielsweise im Detailhandel. Für die Durchsetzung von Mindestlöhnen ist ein flexibleres Quorum nötig, das der heutigen Wirtschaftsstruktur gerecht wird. Wir sehen dies beispielsweise im Tessin deutlich: in Branchen, in denen die Arbeitnehmenden gut organisiert sind, wie dem Baugewerbe oder im Gesundheitswesen, bewegen sich die Löhne nahe am schweizerischen Durchschnitt. In anderen Branchen – wie der Logistik oder der Informatik – waren sie hingegen teilweise rückläufig und liegen deutlich unterhalb des schweizerischen Durchschnitts. Die Gesamtarbeitsverträge und eine gut organisierte Arbeitnehmendenschaft sind entscheidend dafür, dass tiefe und mittlere Löhne eine positive Entwicklung vorweisen. Diese Tatsache wird mit steigenden Preisen noch zentraler.

3. Teuerungsausgleich auf den Renten und den Ergänzungsleistungen

Mit der AHV und der zweiten Säule konnte die Altersarmut deutlich reduziert werden. Die Renten sind für viele Rentnerinnen und Rentner allerdings zu knapp bemessen. Der Anteil jener, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen ist, hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Mit der Teuerung droht dieser Anteil noch grösser zu werden. Gleichzeitig besteht bei den Ergänzungsleistungen kein automatischer Teuerungsausgleich. Die AHV-Renten, die Pensionskassen-Renten – auch der IV-Beziehenden – und die Ergänzungsleistungen müssen rasch an die aktuellen Teuerungsprognosen angepasst werden, welche gemäss Seco mit 2.5% in diesem Jahr deutlich höher sind. Die Renten erodieren ansonsten schleichend. Die Pensionskassen ihrerseits müssen die neue Situation prüfen und Rentenerhöhungen im Umfang der Inflation gewähren, insbesondere für Rentnerinnen und Rentner mit tiefen Renten.

4. Gesundheitskosten eindämmen und Prämienverbilligungen erhöhen

Die Ausgaben für die Gesundheit steigen seit Jahren. Trotzdem hat sich am marktwirtschaftlichen Wettbewerbssystem bisher nichts geändert. Es werden weiterhin Gesundheitsdienstleistungen angepriesen, die über die Kopfprämien von allen finanziert werden. Für Familien und Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen sind die hohen Prämien ein Problem. Solange bei den Gesundheitskosten keine wirksamen Massnahmen für die Senkung der Kosten und damit für eine Stabilisierung der Krankenkassenprämien gefunden werden, müssen Bund und Kantone die Prämienverbilligungen für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen auszahlen. Travail.Suisse begrüsst den letzte Woche im Nationalrat beschlossenen Gegenvorschlag zur Prämienentlastungsinitiative und den klar geäusserten Willen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Es droht eine Negativspirale aus sinkenden Reallöhnen und steigenden Kosten

Das Parlament ist in seinen teilweise sehr zurückhaltenden Entscheidungen hinsichtlich der Inflation vermutlich noch von bescheideneren Inflationsraten und einem kurzfristigen Preisanstieg ausgegangen. Die neusten Prognosen der Schweizerischen Nationalbank zeigen aber deutlich, dass die Inflation auch in der Schweiz deutlich stärker ansteigen wird als bisher angenommen. Dies wird Arbeitnehmende, Familien und Rentnerinnen und Rentner mit tiefen Einkommen am stärksten treffen. Dies zeigen unsere Analysen. Mit dem 18 Punkte-Plan kann dieser drohenden Negativspirale aus sinkenden Reallöhnen und steigenden Kosten entgegengewirkt werden. Die Umsetzung der Massnahmen und damit die Stärkung der Kaufkraft müssen rasch erfolgen, damit die Kaufkraft gesichert werden kann und die Armutsquote nicht ansteigt.